



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) › **FÜRACKER: STEUERENTLASTUNG FÜR BRAUEREIEN UNBEDINGT NOTWENDIG – Bayern fordert Senkung der Biersteuer für kleine & mittelständische Brauereien**

# FÜRACKER: STEUERENTLASTUNG FÜR BRAUEREIEN UNBEDINGT NOTWENDIG – Bayern fordert Senkung der Biersteuer für kleine & mittelständische Brauereien

31. März 2021

„Senkung der Biersteuer für kleine und mittelständische Brauereien – das ist eine langjährige bayerische Forderung!“, so Finanzminister Albert Füracker, der die Überlegungen auf Bundesebene zur Änderung des Biersteuergesetzes begrüßt. „Unter dem Druck der Corona-Pandemie und der wachsenden wirtschaftlichen Not der Betriebe wird endlich auch die Notwendigkeit einer Steuerentlastung für das Brauereigewerbe erkannt. Eine Absenkung der Biersteuer schafft eine wichtige und deutliche Entlastung für kleine, familiengeführte Brauereien – diese prägen die Identität und Kultur unseres Freistaats, wie fast kein anderes Handwerk“, so Füracker.

Bayern fordert vom Bund seit jeher eine Absenkung der Biersteuer-Mengenstaffel, um die Vielfalt der bayerischen Brauereien, welche gerade aufgrund der zahlreichen kleineren Betriebe besteht, zu erhalten. Zuletzt setzte sich Bayern im Rahmen des Corona-Steuerhilfegesetzes dafür ein. Kleinere Brauereien, deren Gesamtjahreserzeugung bis zu 200.000 hl beträgt, können bereits jetzt ermäßigte Biersteuersätze in Anspruch nehmen. Bayerns Vorschlag geht jedoch einen Schritt weiter und drängt seit langem auf eine Rückkehr und damit Absenkung der Biersteuer-Mengenstaffel auf die vor 2004 geltenden Steuersätze. Hiermit würde sich die Biersteuer für kleinere Brauereien – gestaffelt an der Jahreserzeugung – auf bis zu 50 Prozent des regulären Steuersatzes reduzieren (sog. Biersteuer-Mengenstaffel). Da Bayern die größte Dichte an kleinen Brauereien hat, entfielen über die Hälfte der aus der Steuerabsenkung resultierenden Steuermindereinnahmen auf den Freistaat. Viele Länder wären von der Änderung nur in geringem Umfang betroffen, dennoch hat die bayerische Forderung bisher nicht die erforderliche Mehrheit gefunden. Bayern setzt nun – zumindest zur Abmilderung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie – auf die Unterstützung des Bundes und der anderen Länder.

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

